

Udo Bullmann/Christin Fröhlich

Von der Dauerkrise zur handlungsfähigen politischen Union

Wie Europa dem ökonomischen Abstieg entgehen kann

Dauerkrise und Staatsschulden verdeutlichen die Schwachstellen eines nur halbherzig konstruierten Währungsraums. Welche Weichenstellungen für den Aufbau einer handlungsfähigen Währungsunion aber sind notwendig?

»Krise« bezeichnet semantisch für gewöhnlich den Wendepunkt einer gefährlichen Entwicklung. In der Eurozone ist sie inzwischen jedoch zum Dauerzustand avanciert. Auf die ersten Erschütterungen hat die Regierung Merkel zunächst mit inhaltlichem Nichtstun reagiert. Danach wollte sie wirtschaftlich angeschlagene Staaten durch ein hartes Spardiktat aus der Misere führen. Drei Jahre nach der ersten Eskalation in Griechenland und fünf Jahre nach Ausbruch der Weltfinanzkrise wird das Scheitern dieser Strategie in seinem ganzen Ausmaß erkennbar.

Die Arbeitslosenquote in der Eurozone ist auf dem höchsten Stand seit Einführung des Euro. In Spanien und Griechenland wächst eine Generation junger Menschen heran, die mehr Arbeitslose als Beschäftigte zählt. Jeder vierte Europäer ist inzwischen von Armut bedroht. Blinde Sparpolitik verschärft die Rezession in der Eurozone und führt dazu, dass die Staatseinnahmen immer weiter einbrechen.

Der Kern des Problems ist die extreme Staatsverschuldung – so die gängige Lesart. Doch wie lässt sich dann erklären, dass angesichts eines Schuldenstands von über 200 % der jährlichen Wirtschaftsleistung in Japan nicht die Rede von einem japanischen Schuldendrama ist? Und warum attestieren Ratingagenturen der US-amerikanischen Volkswirtschaft mit einer Staatsschuld von 107 % auch weiter eine einwandfreie Kreditwürdigkeit, während die Eurozone mit 94 % an Schulden die Weltwirtschaft zum Beben bringt? Die Schul-



Udo Bullmann

(* 1956) ist promovierter Politikwissenschaftler, Mitglied des Wirtschafts- und Währungsausschusses und Vorsitzender der SPD-Europaabgeordneten im EU-Parlament.

udo.bullmann@europarl.europa.eu



Christin Fröhlich

(* 1983) hat Internationale Betriebswirtschaft und European Economics in Mannheim, Barcelona und Brüssel studiert und leitet heute das Brüsseler Abgeordnetenbüro von Udo Bullmann.

christin.froehlich@europarl.europa.eu

densituation ist eher das Resultat als die eigentliche Ursache der Krise. Bankencrash und Rettungsschirme, die bis zu 30 % des europäischen Bruttoinlandsprodukts verbürgen, Einbruch der Realwirtschaft und fehlendes Zutrauen in die Handlungsfähigkeit der Politik: Mit keinem noch so rigiden Sparkurs wird auch nur eines der fundamentalen Probleme angegangen. Stattdessen müssen die Schwachstellen eines nur halbherzig konstruierten Währungsraums überwunden werden. Es ist die europäische Demokratie selbst, die hier ihre bisher größte Bewährungsprobe bestehen muss.

Die Bundesregierung handelt getrieben von der Fehldiagnose, die Krise lasse sich ausschließlich durch das verschwenderische Verhalten der betroffenen Staaten erklären – unbenommen der Tatsache, dass

etwa Spanien und Irland noch 2007 mit einem Schuldenstand von 36 beziehungsweise 25 % der Wirtschaftsleistung zu den besten Schülern der Eurozone zählten. Sowohl das Bundeskanzleramt als auch die EU-Kommission propagierten in der jüngeren Vergangenheit eine falsche Therapie: Lohn- und Rentenkürzungen statt fairer Besteuerung und Wachstumsförderung kennzeichnen die Auflagen, die als Preis für die Hilfeleistung gefordert werden. Die angeschlagenen Länder sind dadurch gefangen in einem Teufelskreis aus Einsparungen, sinkender Binnennachfrage, weiterem Wirtschaftseinbruch und einer sich immer schneller drehenden Schuldenspirale.

Eine Studie des US-Bankhauses Goldman Sachs – wahrlich kein linker »Think Tank« – bestätigt die Entwicklung, die sich derzeit in der Eurozone abzeichnet: Einsparungen, die die Marge von 1,5 % des BIP überschreiten, wirken sich kontraproduktiv auf die Haushaltskonsolidierung aus. Das heißt: Eine Volkswirtschaft, die ihre Wachstumskerne durch zu hohe Etat-kürzungen schädigt, häuft in Wahrheit mehr Schulden an als sie abbaut. Das erklärt auch, warum der griechische Schuldenberg heute höher ist als noch vor Beginn der Sparmaßnahmen.

Deshalb gilt: Wer eine Umkehr zum Besseren in der Eurozone will, muss die Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung mit einer gezielten Investitionsoffensive kombinieren. Die Rezession in der Eurozone lässt sich nur überwinden, wenn die Konjunktur insgesamt, aber auch in den krisengeschüttelten Ländern wieder anspringt und die Haushaltslücken durch höhere Staatseinnahmen ausgeglichen werden. Für einen zeitnahen Ausstieg aus der Dauerkrise und den Aufbau einer handlungsfähigen Währungsunion sind folgende Weichenstellungen notwendig:

Erstens: Schwerpunkt auf Wachstum und neue Jobs setzen. Um die Eurozone wieder auf Wachstumskurs zu bringen, werden zusätzliche Gelder zur Finanzie-

rung von Investitionsprogrammen benötigt. Ein solches Programm sollte sowohl vom Umfang als auch von der Qualität her hinreichend geeignet sein, Anreize für wachstumsfördernde Reformen – darunter Programme zur Kreditfinanzierung von kleineren und mittleren Unternehmen und Investitionsprojekte zur Förderung von Solarstrom etwa in Griechenland oder Spanien – zu setzen. Dies kann mühelos im Rahmen eines entsprechend ausgestalteten EU-Budgets verwaltet werden. Die Reformen sollten sich nicht länger auf die Absenkung der Lohn- und Rentenniveaus sowie die Aushöhlung von Arbeitnehmerrechten konzentrieren, sondern auf Wachstum und qualifizierende Beschäftigungsmaßnahmen zielen. Eine Jobgarantie für Jüngere sowie klare Vorgaben und Zeitpläne für Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung können nur funktionieren, wenn sie auf europäischer Ebene mit den hier bereits vorhandenen Instrumenten verbindlich verabredet werden.

Zweitens: Demokratische Kontrolle der Krisenpolitik. Das Europäische Parlament (EP) muss als einzig direkt gewählte Institution der EU in allen Bereichen, die die Zukunft der Währungsunion betreffen, als Gesetzgeber zusammen mit dem Rat beteiligt sein. Dazu gehört die volle Kontrolle über die Auflagenpolitik der Troika und den Rettungsschirm ESM. Man darf Europas Bürgerinnen und Bürgern nicht länger verwehren, über den richtigen Weg aus der Krise mitzubestimmen. Wo zusätzliche Kompetenzen zur wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit auf europäischer Ebene geschaffen werden, darf nichts mehr an den demokratischen Mitentscheidungsrechten des EP vorbeigesteuert werden.

Drittens: Refinanzierung der Staaten sichern. Ein Schuldentilgungsfonds, der die Euro-Länder verpflichtet, ihre Schulden innerhalb von 25 Jahren abzutragen und im Gegenzug für einen Teil der Schulden gemeinschaftlich haftet, ist das richtige Signal für mehr Nachhaltigkeit. Darüber

hinaus braucht Europa ein professionelles Schuldenmanagement: Der zu einem Europäischen Währungsfonds umfunktionierte Rettungsschirm ESM unter Kontrolle des EU-Parlaments (EP) und des Rates sollte perspektivisch auch gemeinsame Schuldtitel vermarkten – unter der Prämisse, dass die Mitgliedstaaten den vereinbarten Wachstumsreformen nachkommen.

Viertens: Konstruktionsfehler der Eurozone beheben. Die Währungsunion kann nur überleben, wenn die Politische Union gestärkt und die Finanzpolitik auf europäischer Ebene verbindlicher koordiniert wird. Statt zwischenstaatlicher Verabredungen ohne parlamentarische Kontrolle braucht es mehr gemeinsame Gesetzgebung bei der Steuer-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik. Einigen sich Rat und EP auf gemeinsame Zielvorgaben, hätten die nationalen Parlamente endlich wieder mehr eigenständige Gestaltungsaufgaben, anstatt nur über entparlamentarisierte bürokratische Auflagen abstimmen zu müssen.

Fünftens: Gerechte Steuerpolitik durchsetzen. Zunächst sollte das Schließen von Steuerschlupflöchern und der Kampf gegen Steuerhinterziehung zu einer vorrangigen Gemeinschaftsaufgabe erklärt werden. Die Übertragung der Kompetenz an die EU zum Abschluss von europäischen Steuerabkommen wäre ein wichtiger Schlüssel, um faire Besteuerung sicherzustellen und Haushaltslöcher zu schließen. Dem griechischen Fiskus sind in einem Jahr 60 Milliarden Euro entgangen, die auf Schweizer Konten geparkt sind. Die Hellenen könnten ihre Staatseinnahmen beinahe verdoppeln, wenn die europäischen Finanzminister ihre Blockade aufgeben und den Weg für ein Abkommen mit der Schweiz freimachen würden. Auch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer mit geschätzten Mehreinnahmen für die EU von bis zu 55 Milliarden Euro ist die dringend benötigte Antwort auf die leeren Staatskassen und die überfällige Beteiligung der Finanzindustrie an den Krisenkosten. ■